

alliance*sud*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)



**JAHRES-  
BERICHT  
2013**

## Alliance Sud 2013 auf einen Blick

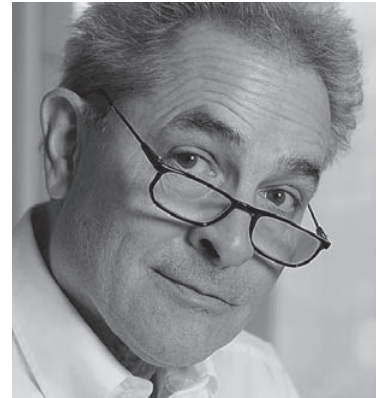
<b>Zusammensetzung des Vorstandes</b>	Romandie; Lavinia Sommaruga, Leitung	Hofstetter, Entwicklungspolitik/Medien
Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz (Präsident); Ueli Locher, Direktor Heks (Vizepräsident); Caroline Morel, Geschäftsleiterin Swissaid; Beat Dietschy, Zentralsekretär Brot für alle; Melchior Lengsfeld, Geschäftsleiter Helvetas Swiss Intercooperation;	Regionalbüro italienischsprachige Schweiz; Pierre Flatt, Bereichsleitung Information + Dokumentation; Kathrin Spichiger, Personalverantwortung	(bis 31.3.2013); Daniel Hitzig, Medien und Kommunikation (ab 1.4.2013); Rahel Ruch, Kampagnenkoordination «Recht ohne Grenzen»; Frédéric Russbach, Sekretariat Regionalbüro Lausanne; Nina Schneider, Entwicklungspolitik; Lavinia Sommaruga, alle Themen, Regionalbüro Lugano; Nicole Werner, Umwelt-/Klimapolitik
Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer (bis 31.10.2013); Markus Brun, Vertretung Fastenopfer a. i. (November 2013 – März 2014); Patrick Renz, Direktor Fastenopfer (ab 1.4.2014)	<b>Geschäftsstelle</b> Peter Niggli, Geschäftsleiter; Kathrin Spichiger, Assistentin des Geschäftsleiters; Rosa Amelia Fierro, Sekretariat	<b>Dokumentationszentrum Bern</b> Iris Bertschi; Emanuela Tognola; Renate Zimmermann (bis 31.12.2013); Emanuel Zeiter (ab 1.1.2014)
<b>Zusammensetzung der Geschäftsleitung</b>	<b>Advocacy und Lobbying</b> Isolda Agazzi, Handel/WTO; Silvia Carton, Sekretariat Regionalbüro Lugano; Michel Egger, Handel/Transnationale Unternehmen; Mark Herkenrath, Internationale Finanzpolitik; Pepo	<b>Dokumentationszentrum Lausanne</b> Pierre Flatt, Bereichsleitung; Nicolas Bugnon; Amélie Vallotton Preisig
Peter Niggli, Geschäftsleiter und Bereichsleitung Advocacy und Lobbying; Michel Egger, Leitung Regionalbüro		

Um die Jahrtausendwende priesen die Starökonomien der westlichen Länder die Globalisierung als endgültige Überwindung des finsternen Zeitalters der 1930er-Jahre. Damals sei die erste Ära einer offenen globalisierten Weltwirtschaft durch eine falsche Wirtschaftspolitik von Marktabschottung und nationaler Autarkie zerstört worden. Erst jetzt habe die Weltwirtschaft wieder denselben Grad an Offenheit erlangt wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Kritiker dieser Geschichtsdeutung verwiesen richtigerweise darauf, dass die erste Ära weltwirtschaftlicher Globalisierung nicht im Protektionismus, sondern im Ersten Weltkrieg geendet habe.

2014, im Erinnerungsjahr an den Ausbruch des «Grossen Kriegs», erinnert einiges an diese Diskussion über historische Analogien. Die zweite Ära weltwirtschaftlicher Globalisierung hat, so könnten wir heute sagen, mit der Finanzkrise von 2008 ihr «1929» hinter sich, steckt wirtschaftlich gesehen in ihren «1930er-Jahren» und zeigt 2014 Anzeichen ihres «1914». Wir erhalten gegenwärtig den Vorgesmack einer Welt, in der grosse Staaten ein bisschen Krieg in Kauf nehmen oder selber anstreben; und zwar nicht mehr nur stellvertretend in bedauernswerten armen Ländern, sondern auch untereinander. In Asien laden die Regierungen mächtiger Staaten ihre ungelösten Konflikte nationalistisch auf. Japan bereitet seine «Selbstverteidigungsarmee» auf internationale Einsätze vor. Chinas KP macht mit Flottenpolitik territoriale Ansprüche geltend. Und Indien, neuerdings durch die hindu-chauvinistische BJP regiert, sucht das Bündnis mit Japan und den USA gegen China.

In Europa rutschten die USA, die EU und Russland in der Ukraine in einen kriegerischen Konflikt hinein, in den sie nicht weniger «schlafwandlerisch» getappt sind als die europäischen Grossmächte in den Ersten Weltkrieg. Die Europäische Union, bislang gelungenes Vorbild für internationale Zusammenarbeit, hat an Ausstrahlung und Zusammenhalt verloren. Antieuropäische, nationalistische Bewegungen erzielen fast überall Zuwachs. Die gleichgesinnten Kräfte hierzulande feiern dies als Gewinn für die Schweiz, wie wenn unser Land davon profitierte, wenn Europa durch konkurrierende Nationalismen beherrscht würde.

Trotz dieser Unerfreulichkeiten setzen die Regierungen routinierte Verhandlungen in drei Bereichen internationaler Zusammenarbeit fort; 2015 sollen seit Jahren versprochene neue Uno-Verträge abgeschlossen werden. Diesen Sommer einigten sich Vertreter aller Regierungen auf Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die ziemlich ehrgeizig und kohärent sind. Sie werden im Uno-Rahmen weiterverhandelt und durch die Generalversammlung im September 2015 verabschiedet werden. Damit verbunden findet auf Drängen der Entwicklungsländer im Juli 2015 die nächste *Financing-for-Development*-Konferenz statt, an der es um die Finanzierung der SDGs gehen wird. Schliesslich scheint es wieder etwas wahrscheinlicher, dass sich die Vertragsstaaten der Klimakonvention bis Ende 2015 auf ein globales Klimaschutzabkommen einigen können. Das wird uns als Fortschritt verkauft werden, auch wenn der Vertrag kaum jene scharfen Emissionsreduktionen einleiten wird, die nötig wären, um die globale Erwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Auf diese drei Prozesse wird sich Alliance Sud konzentrieren, sofern die historischen Analogien Gedankenspiele bleiben und uns nicht plötzlich ganz andere Prioritäten aufgezwungen werden.



## Unerfreuliche Analogien

Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud

# Entwicklungspolitische Aktivitäten

**23.** JANUAR

## RECHT OHNE GRENZEN AM WEF

*me.* Anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos begab sich die Kampagne «Recht ohne Grenzen» – ein Zusammenschluss von über 50 Organisationen, darunter Alliance Sud – einmal mehr auf die Strassen von Davos. Mit ihrer Aktion «Ziehen Sie den Bundesrat zur Verantwortung» wurde dieser aufgefordert, konkrete Schritte zu unternehmen, damit Firmen mit Sitz in der Schweiz weltweit die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten müssen. Die Aktion war begleitet von einer Online-Kampagne, welche breite Kreise der Bevölkerung mobilisierte. Innerhalb von nur sieben Tagen riefen über 10 000 Personen die Bundesräte Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter in E-mails dazu auf, gesetzliche Regeln für Konzerne zu schaffen, um Menschenrechte und Umwelt zu respektieren. In ihrer Antwort von Ende Februar sprachen sich die Bundesräte klar für eine Sorgfaltspflicht von Unternehmen aus, weil diese dazu beitragen könne, Risiken von Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und dem positiven Ansehen des Wirtschaftsstandorts Schweiz in der Öffentlichkeit förderlich sei.

**26.** FEBRUAR

## EINSEITIGE INVESTITIONSSCHUTZ-POLITIK GEGENÜBER ENTWICKLUNGSLÄNDERN

*ia.* Im Februar ratifizierte die Schweiz das Investitionsschutzabkommen (ISA) mit Tunesien. Alliance Sud nahm dies zum Anlass, um ihre umfangreiche Analyse zur diesbezüglichen Politik der Schweiz zu veröffentlichen. Darin forderte sie eine grundlegende Revision der Schweizer Investitionsschutzabkommen. Sie seien einseitig und veraltet, schützten fast ausschliesslich die Rechte der Investoren und schränkten den politischen Handlungsspielraum der Gastländer ungebührlich ein. Betroffen sind insbesondere die Entwicklungsländer. So könne – und das ist einmalig im internationalen Recht – ein Investor gegen ein Gastland klagen, wenn dieses politische Massnahmen zum Schutz der Umwelt, Arbeit oder Volksgesundheit treffe, die den Wert der Investitionen schmälern könnten. Das zeigt der Fall des Tabakmultis Philip Morris, der seinen internationalen Geschäftssitz in Lausanne hat. Abgestützt auf das Investitionsschutzabkommen zwischen Bern und Montevideo klagte der Konzern Uruguay vor dem Weltbank-Schiedsgericht ein und verlangte Schadenersatz. Grund: Der staatliche Erlass neuer, strengerer Richtlinien zur Einschränkung des Tabakkonsums.

Am 26. Februar organisierte Alliance Sud eine Medienkonferenz in Bern, zu der sie Alberto Villareal von Friends of the Earth Uruguay einlud. Er forderte die Schweiz auf, das Abkommen mit Montevideo einer Revision zu unterziehen und auf Streitbeilegungsverfahren durch Schiedsgerichte zu verzichten. In der Folge verlangte die aussenpolitische Kommission des Nationalrats vom Bundesrat, ihr die Verhandlungsmandate künftiger Abkommen jeweils vorzulegen, wie dies bereits bei bilateralen Freihandelsabkommen der Fall sei.

**5.** MÄRZ

## STEUERABKOMMEN MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN

*mh.* Der Bundesrat weist oft und gerne auf die jüngsten Schweizer Fortschritte in Sachen Steuertransparenz hin. Die Länder des Südens sind von diesen Fortschritten aber weitgehend ausgenommen. Alliance Sud kritisierte die steuerpolitische Ungleichbehandlung der Entwicklungsländer immer wieder scharf. In einem Analysepapier konnte sie ausserdem nachweisen, dass der Bundesrat die erweiterte Steueramts-hilfe an harte Gegenforderungen knüpft. In den Verhandlungen zu neuen Steuerabkommen will er die Entwicklungsländer unter anderem dazu bringen, ihre Quellensteuern auf die Einkünfte von Schweizer Auslandunternehmen massiv zu senken. Das kann für die betroffenen Länder massive Steuereinsparungen zur Folge haben.

Am 5. März 2013 verlangte der Nationalrat deshalb Rechenschaft über diese Verhandlungsstrategie. Mit einem Postulat wollte er vom Bundesrat wissen, wie sich tiefe Quellensteuersätze in Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern auf deren Staatsfinanzen und auf den Zufluss von Schweizer Investitionen auswirken.

Der geforderte Bericht erschien am 29. Januar 2014. Darin gibt der Bundesrat zu, dass er nicht in der Lage ist, die Entwicklungsfolgen seiner Verhandlungsstrategie abzuschätzen. Das widerspricht all seinen bisherigen Behauptungen, Abkommen mit tiefen Quellensteuersätzen seien auch im Interesse der Entwicklungsländer. Alliance Sud fordert deshalb eine grundlegende Neuorientierung der Schweizer Abkommen in Steuersachen.

Am 19. Februar 2014 beschloss der Bundesrat zwar, den aktuellen OECD-Standard auf alle bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen auszuweiten. Davon profitieren wird aber nur gerade dasjenige Drittel aller Entwicklungsländer, mit denen die Schweiz bereits ein solches Abkommen ratifiziert hat. Zwei Drittel gehen leer aus.

# 13. MÄRZ

## SORGFALTPFLICHT FÜR TRANSNATIONALE UNTERNEHMEN

me. Übers ganze Jahr koordinierte Alliance Sud gemeinsam mit Pain pour le prochain ein intensives parlamentarisches und Verwaltungslobbying für die Anliegen der Kampagne «Recht ohne Grenzen». Insgesamt wurden seit Juni 2012, als die Petition mit 135 000 Unterschriften eingereicht wurde, 18 parlamentarische Vorstösse zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte eingereicht. In den vorberatenden Kommissionen hatte die Petition «Recht ohne Grenzen» wenig Chancen. Der Nationalrat übernahm jedoch ein Postulat seiner Kommission, das vom Bundesrat verlangt, aufgrund einer rechtsvergleichenden Studie aufzuzeigen, wie die Schweiz ihre Firmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt bei Auslandsgeschäften verpflichten könnte. Heute beschränkt sich die Sorgfaltspflicht (gemäss Obligationenrecht) auf die Wahrung der Interessen des Unternehmens bzw. der Aktionäre. Damit hinkt die Schweiz anderen Ländern hinterher; in Grossbritannien zum Beispiel sind die Verwaltungsräte verpflichtet, die Auswirkungen der Unternehmenstätigkeit auf Gesellschaft und Umwelt zu berücksichtigen.

Die rechtsvergleichende Studie hat das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung gemacht. Die aussenpolitische Kommission des Ständerats, welche von ihrem Plenum den Auftrag erhielt, einen parlamentarischen Vorstoss auszuarbeiten, der den Anliegen der Petition gerecht wird, entschied, den bundesrätlichen Bericht abzuwarten. Verworfen wurde der Vorschlag zu prüfen, welche Möglichkeiten in anderen Ländern bestehen, um Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne den Zugang zur Justiz zu erleichtern. Angesichts der zögerlichen Schritte und wachsenden Widerstände in Parlament und Verwaltung denkt «Recht ohne Grenzen» über die Lancierung einer Volksinitiative nach.

# 26. MÄRZ

## WELTZOZIALFORUM IN TUNIS

ks. Gemeinsam mit E-changer organisierte Alliance Sud eine Delegationsreise ans Weltsozialforum (WSF), das vom 26.–30. März in Tunis stattfand. Rund 50 000 Teilnehmende aus 130 Ländern waren am Forum präsent. Mit fast 70 TeilnehmerInnen war die Schweizer Delegation die grösste seit Einführung der von Alliance Sud und E-changer organisierten Reisen, die jeweils ein Vorprogramm einschliessen. Dieses wurde insbesondere für Gespräche mit führenden VertreterInnen der sozialen Bewegungen Tunesiens genutzt. Dass das Forum in einem Land des «arabischen Frühlings» stattfand, erwies sich als besonders lohnend. Die arabischen Revolutionen und aktuellen Umwälzungen standen denn auch im Zentrum der Debatten. Hunderte neu entstandene zivilgesellschaftliche Gruppierungen waren zugegen, um an der Auseinandersetzung um die soziale und wirtschaftliche Zukunft des Landes teilzunehmen. Die Schweizer Reisedelegation verfasste zahlreiche Tagebuchbeiträge im gemeinsamen Webseiten-Blog von Alliance Sud und der Wochenzeitung WOZ. Zwei von Alliance Sud organisierte Workshops am WSF – zum Investitionsschutzabkommen der Schweiz mit Tunesien und zum Umgang mit Potentatengeldern – vermochten die Säle zu füllen. In den Schweizer Medien gab es rund 170 Beiträge oder Hinweise, die aus der WSF-Reise hervorgingen.

# 1. MAI

## SECO FÖRDERT «BILLIG-FAIR-TRADE»

ns. Mit einem Kredit von 30 Millionen Franken über vier Jahre will der Bundesrat die Partnerschaft des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) mit der holländischen Stiftung IDH (holländisch für Sustainable Trade Initiative) fördern. IDH will in Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen den nachhaltigeren Anbau agrarischer Rohstoffe für den Massenmarkt fördern. Schweizer NGOs und Fair-Trade-Organisationen sowie VertreterInnen des Detailhandels befürchten, diese Initiative könnte die hohen Fair-Trade-Standards existierender Labels verwässern und deren Preise unterbieten. Besonders problematisch ist, dass die Konzerne ihre Nachhaltigkeitsziele selber setzen können und nicht auf bereits bestehende, ambitionierte Sozial- und Umweltstandards verpflichtet werden.

Alliance Sud koordinierte mehrere Treffen zwischen dem Seco und den NGOs, um Anregungen für Mindeststandards in die Vertragsverhandlungen einzuspeisen. Einige Empfehlungen wurden aufgenommen, so etwa die Einsitznahme einer Schweizer NGO-Vertretung im Impact Committee von IDH. Der Sitz wurde im Herbst ad personam an einen Mitarbeiter von Helvetas vergeben. Er hat in diesem Komitee zwar keinen direkten Einfluss auf die geförderten Programme, kann aber zur Qualitätssteigerung der Monitoring- und Evaluationsrichtlinien beitragen. Den Vorschlag, ein NGO-Sekretariat einzurichten, das die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für den Massenmarkt analysieren und den Wissenstransfer der «best practice» zwischen Schweizer und internationalen Initiativen sicherstellen würde, lehnte das Seco ab.

29. MAI

## SCHWARZGELDABFLÜSSE AUS AFRIKA

*mh.* An ihrer Jahrestagung 2013 präsentierte die Afrikanische Entwicklungsbank einen brisanten Bericht. Zusammen mit dem Forschungsinstitut Global Financial Integrity hat sie ausgerechnet, dass über die letzten dreissig Jahre mindestens 1200 Milliarden Dollar ungesteuerte oder unrechtmässig erworbene Gelder aus Afrika in ausländische Steueroasen abgeflossen sind. Damit übersteigen die Schwarzgeldabflüsse die Summe aller Hilfgelder, Direktinvestitionen und weiterer Finanzzuflüsse, von denen der afrikanische Kontinent im untersuchten Zeitraum profitieren konnte.

Alliance Sud verhalf dem Bericht zu grossem Schweizer Medienecho. In Radiointerviews und Zeitungsbeiträgen wies sie kritisch auf die unrühmliche Rolle der Schweiz als Versteck für Diktatorenvermögen und Steuerfluchtgelder hin. Sie forderte die Schweizer Politik und die Banken erneut zu raschen Fortschritten bei der Abwehr von unlauteren Finanzflüssen auf.

Kurz darauf befasste sich die Kommission für die internationale Zusammenarbeit, die den Bundesrat in Entwicklungsfragen berät, mit dem Thema. Die Kommission, der auch Alliance Sud angehört, lud einen Autor des Berichts zu einer Anhörung darüber ein, wie die Schweiz die Entwicklungsländer im Kampf gegen Schwarzgeldabflüsse konkret unterstützen könnte.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hat möglichen Massnahmen gegen unlautere Finanzflüsse aus Entwicklungsländern inzwischen ein umfassendes Analysepapier und eine öffentliche Veranstaltung gewidmet. Es wäre wünschenswert, dass der Bundesrat nicht nur dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), sondern auch der Deza in dieser Frage vermehrt Gehör schenken würde.

3. JUNI

## ENTWICKLUNGS-AUSSCHUSS DER OECD ÜBERPRÜFT DIE SCHWEIZ

*ns.* In einem vierjährigen Rhythmus überprüft das Development Assistance Committee (DAC), der Entwicklungsausschuss der OECD, die Qualität der Aussen- und Entwicklungspolitik seiner Geberländer. Mit dem aktuellen Bericht über die Schweiz wurde ein südkoreanisch-neuseeländisches Team beauftragt. Es organisierte Anfang Juni Anhörungen, wozu auch Alliance Sud eingeladen war. In einem Grundlagenbericht wies Alliance Sud auf die mangelnde Kohärenz in verschiedenen aussenpolitischen Bereichen hin: etwa auf die Gefahr, dass mangels operativem Budget im EDA zur Förderung von Schweizer Wirtschafts-, Handels- oder Klimainteressen Entwicklungsgelder zweckentfremdet werden. Weiter lenkte Alliance Sud die Aufmerksamkeit des DAC auf die negativen Effekte der Auslagerung von Kommunikation und Personalmanagement der Deza ins EDA und lieferte Argumente, weshalb die Förderung integrierter Botschaften unerwünschte Nebenwirkungen auf die international gelobten Programme in den Deza-Schwerpunktländern zeitigen könnte.

Der DAC-Bericht wurde im Februar 2014 publiziert. Er greift einige Anliegen von Alliance Sud auf. So empfiehlt das DAC die Publikation aller Programm- und vorausschauende Budgets und mehr Planungssicherheit für die Empfängerländer. Die Schweiz solle verstärkt in nationale Dienstleistungen investieren und mit der frühzeitigen Definition der Programminhalte sowie der Messung der Resultate die Zielerreichung der Deza-Programme weiter verbessern. Im Kontext der Kampagne «Recht ohne Grenzen» ist die Empfehlung des DAC, die Schweiz solle ihr Engagement in Richtung Sorgfaltpflicht für international tätige Unternehmen in den Bereichen Umweltschutz und Menschenrechte ausbauen, besonders erfreulich.

6. JULI

## HANDELSABKOMMEN MIT CHINA: MENSCHENRECHTE AUF DEM ABSTELLGLEIS

*ia.* Über 23 000 Menschen verlangten mit ihrer Unterschrift vom Bundesrat, im Freihandelsabkommen (FHA) mit China griffige Bestimmungen zum Schutz von Arbeits- und Menschenrechten zu verankern. Die von zahlreichen Organisationen, darunter auch Alliance Sud, unterstützte Petition wurde am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos Wirtschaftsminister Schneider-Ammann symbolisch übergeben.

Am 6. Juli kam das Abkommen zustande. Die Plattform China (Alliance Sud ist Mitglied) analysierte den umfangreichen Vertragstext noch am Tag seiner Publikation und gab in den Medien ihrer Enttäuschung Ausdruck. Das Wort Menschenrechte tauchte im gesamten Abkommenstext nicht ein einziges Mal auf, geschweige denn die Rechte der zahlreichen Minderheiten in China. Damit fällt das China-FHA weit hinter alle Abkommen der Schweiz zurück, die in jüngerer Zeit abgeschlossen wurden. In diesen wurde zumindest in der Präambel ein Bezug auf die Menschenrechte und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verankert. Das ausgehandelte FHA verweist zwar auf ein Zusatzabkommen zu Arbeits- und Beschäftigungsfragen, schreibt jedoch die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO nicht als Voraussetzung für den Freihandel vor. Zudem sind die vorgesehenen Kontrollmechanismen schwach.

Gemeinsam mit Amnesty International, Pro Natura, WWF, Solidar Suisse, SGB, Agrarallianz, der Allianz der KonsumentInnenchutzorganisationen und der EvB forderte Alliance Sud den Bundesrat auf, zum Vollzug der Nachhaltigkeitsbestimmungen aller Freihandels- und Investitionsschutzabkommen einen verwaltungsinternen Aufsichtsmechanismus einzurichten.

**28.** AUGUST

## **NKP SCHWEIZ: MEHR ALS EINE ALIBI-ÜBUNG?**

*me.* Der Bundesrat hat die Bildung eines breit abgestützten Beirats beschlossen, der die Arbeit des Nationalen Kontaktpunkts (NKP) zur Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Firmen begleiten soll. Der 14-köpfige Beirat nahm seine Arbeit im August auf. Er wird von Seco-Chefin Marie-Gabrielle Ineichen und Christine Kaufmann, Rechtsprofessorin an der Universität Zürich, präsidiert. Die weiteren Mitglieder stammen aus der Bundesverwaltung, der Wirtschaft, aus Gewerkschaften und NGOs – darunter Alliance Sud – sowie der Wissenschaft. Die zunächst vom Seco zurückgewiesene Mitwirkung akademischer Kreise war eine Forderung von Alliance Sud, um Grabenkämpfe zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu vermeiden.

Schon bei der Gründung im Mai erklärten die zivilgesellschaftlichen Organisationen öffentlich, dass dieses Gremium, dessen Kompetenzen sehr eingeschränkt sind, den Erwartungen nicht entspricht. Sie hätten sich einen echt unabhängigen NKP gewünscht, ähnlich den Modellen in den Niederlanden, Norwegen und Dänemark, oder zumindest eine Aufsichts- und Rekursinstanz, wie es sie in Grossbritannien gibt.

In den ersten beiden Sitzungen des Beirats setzten die NGOs und Gewerkschaften ein paar Punkte bezüglich Transparenz durch. So werden künftig «substantielle» Zusammenfassungen der nicht öffentlichen Beratungen des Gremiums nach jeder Sitzung auf der Website des NKP einsehbar sein. Ausserdem soll die NKP-Verfahrensanleitung zur Behandlung von Klagen überarbeitet werden. Alliance Sud wird ihre Teilnahme im Beirat nach einer gewissen Zeit bilanzieren und je nach Resultat entscheiden, ob sich dieser Einsatz lohnt.

**23.** SEPTEMBER

## **GESETZ ÜBER PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN: SCHEITERN VERHINDERT**

*me.* Während der Herbstsession des Parlaments engagierte sich Alliance Sud an der Seite anderer NGOs zugunsten des Gesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen. Damit wollte der Bundesrat verhindern, dass Schweizer Sicherheitsfirmen im Ausland zur Verletzung von Menschen- und Völkerrecht beitragen. Während die Vorlage in der Junisession den Ständerat noch ohne Abstriche passierte, wurden ihr vom Nationalrat in der Herbstsession praktisch sämtliche Zähne gezogen. Der in Schaffhausen ansässige Multi Tyco hatte erfolgreich Druck aufgesetzt. Im anschliessenden Hin und Her zwischen National- und Ständerat konnte dank des intensiven Lobbyings durch die Organisationen von «Recht ohne Grenzen» verhindert werden, dass die Vorlage ihrer Substanz entleert wurde. Eine Schwachstelle aber ist geblieben: Das Gesetz soll nur noch für Firmen gelten, die «in einem komplexen Umfeld» tätig sind, eine schwammige Umschreibung, die Missbrauch Tür und Tor öffnet. Bleibt zu hoffen, dass diese Verwässerung in der Verordnung korrigiert wird. Es ist das erste Gesetz, in dem menschrechtliche Anforderungen an im Ausland tätige Schweizer Unternehmen verankert wurden.

**25.** SEPTEMBER

## **STARTSCHUSS FÜR DIE POST-2015-AGENDA**

*ns.* An ihrer Generalversammlung im September definierte die Uno Eckwerte für eine neue Entwicklungsagenda, die 2015 die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) ablösen soll. Im Vorfeld publizierte Alliance Sud ein Positionspapier zur so genannten Post-2015-Entwicklungsagenda, worin sie die Schweiz aufforderte, die «eigene nachhaltige Entwicklung konsequent in den Kontext einer global zukunftsfähigen Entwicklung» zu stellen. Ziel der Post-2015-Agenda ist es, in einem einzigen, alle Staaten verpflichtenden Rahmenwerk Nachhaltigkeit und die Bekämpfung von Armut und Hunger zu verknüpfen. Über die MDGs hinausgehend sollen diese Sustainable Development Goals (SDGs) neu auch Frieden und Sicherheit, demokratische Mitsprache, Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte garantieren.

In mehreren Konsultationsrunden der Bundesverwaltung und an öffentlichen Veranstaltungen bezog Alliance Sud Stellung zur offiziellen Schweizer Position. Diese hält fest, die Schweiz stütze sich auf fünf Prinzipien, eines davon sei die Politikkohärenz. Alliance Sud wird die Umsetzung dieses Prinzips besonders kritisch verfolgen.

26. SEPTEMBER

## SCHWEIZER RÜSTUNGSINDUSTRIE WILL MEHR EXPORTIEREN

ns. Der Ständerat verabschiedete in der Herbstsession eine Motion seiner sicherheitspolitischen Kommission (SiK-S) zur Abschwächung der Kriegsmaterialverordnung, die 2008 im Hinblick auf die Waffenausfuhrverbotsinitiative verschärft worden war. Mit ausführlichen Unterlagen an Kommissions- und Ratsmitglieder sowie intensiver Medienarbeit versuchte Alliance Sud, das Blatt zu wenden. Ziel der MotionärInnen war es, die schrumpfende Nachfrage aus den europäischen Nachbarländern mit Waffenexporten nach Saudi-Arabien, Pakistan und Ägypten auszugleichen. An die Stelle des generellen Exportverbots für Länder, die systematisch Menschenrechte verletzen, soll neu eine Einzelfallprüfung treten. Diese erlaube es der Schweizer Wirtschaft, «unbedenkliches», «rein defensives» Kriegsmaterial zu liefern, das für Menschenrechtsverletzungen nicht geeignet sei. Davon ist auch der Bundesrat überzeugt. Über die Ausfuhr in Entwicklungsländer soll neu das Kriterium entscheiden, ob «die sozio-ökonomische Entwicklung des Bestimmungslandes massgeblich beeinträchtigt würde». Das geltende Gesetz verbot es den ärmsten Ländern, ihr Budget durch den Kauf von Schweizer Waffen zu belasten.

Die öffentliche Meinung scheint den Erhalt strenger Rüstungsexportgesetze zwar deutlich zu unterstützen. Im Ständerat überwog jedoch das Arbeitsplatzargument, dem ein kräftiges Lobbying der Waffenindustrie zum Durchbruch verhelfen konnte. Im März 2014 zog der Nationalrat nach.

---

Weitere und detaillierte Informationen zu den Aktivitäten von Alliance Sud finden Sie unter [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch).

18. NOVEMBER

## INVESTITIONEN IN MYANMAR

me. Seit seiner Öffnung wird Burma rege umworben. Immer mehr Schweizer Unternehmen wittern im rohstoffreichen Land ein neues Eldorado. Im November wurde Staatssekretärin Ineichen auf ihrer Wirtschaftsmission von einem Dutzend FirmenvertreterInnen begleitet. Die Reise hätte Gelegenheit geboten, auch die soziale Verantwortung der Unternehmen zu thematisieren. Doch solche Gespräche blieben auf der Strecke. Die Forderungen von NGOs und ParlamentarierInnen, die Delegation ausgewogener zusammenzustellen und vor Ort zivilgesellschaftliche Organisationen zu treffen, wurden abgelehnt.

Nach intensiver Sensibilisierungsarbeit durch «Recht ohne Grenzen» – koordiniert von Alliance Sud und Swissaid – zeigten sich mehrere Parlamentsmitglieder sehr besorgt. Die Gefahr sei gross, dass angesichts der Aussicht auf schnelle Profite ein respektvolles Vorgehen gegenüber Gesellschaft und Umwelt das Nachsehen habe. Drei Interpellationen (Sommaruga/SP, Fiala/FDP, Seydoux/CVP) wurden eingereicht, die der Bundesrat wenig kritisch beantwortete. Einziges Resultat: der Einsatz von finanziellen Mitteln zur Etablierung eines Kompetenzzentrums in Rangun (Yangon), das sich mit Wirtschaftsförderung und Menschenrechtsfragen befassen soll. Daneben bekannte sich der Bundesrat in seinen Antworten auf die Vorstösse zur freiwilligen sozialen Unternehmensverantwortung. Obligatorische Transparenzrichtlinien für Investoren in Burma, wie sie die USA vorgeben, seien unnötig. Das widerspricht den Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (Ruggie-Richtlinien), welche von den Staaten verlangen, Massnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen durch Dritte zu ergreifen.

In Beantwortung des Postulats von Graffenried, das vom Nationalrat im Dezember 2012 überwiesen wurde, muss der Bundesrat bis Ende 2014 in einer Strategie zeigen, wie er die Ruggie-Leitprinzipien für die Schweiz umsetzen will.

9. OKTOBER

## UNTERZEICHNUNG DER MULTI- LATERALEN AMTSHILFEKONVENTION

mh. Ein Lichtblick in Sachen Steuertransparenz war die Bekanntgabe des Bundesrats, er habe die multilaterale Steueramtshilfekonvention der OECD und des Europarates unterschrieben. Ein Schritt, den Alliance Sud seit langem gefordert hatte. Die Übereinkunft sieht vor, dass die beteiligten Länder bei einem Verdacht auf Steuerhinterziehung untereinander die nötigen Informationen austauschen, um den Sündern auf die Spur zu kommen. Der Konvention gehören bisher rund zwanzig Entwicklungsländer an, mit denen die Schweiz bilateral noch keine solche Amtshilfe vereinbart hat.

Die betroffenen Länder müssen nun keine aufwändigen Einzelverhandlungen mit der Schweiz über ein neues Steuerabkommen führen. Ausserdem ist zu erwarten, dass sich bald einmal weitere Entwicklungsländer dieser multilateralen Übereinkunft anschliessen werden. Alliance Sud setzt sich dafür ein, dass das Parlament den Schweizer Beitritt auch tatsächlich ratifiziert. Zunächst muss der Bundesrat aber ein Umsetzungsgesetz entwerfen und in die Vernehmlassung schicken.



## WTO-MINISTERKONFERENZ IN BALI

ia. In Hinblick auf die 9. WTO-Ministerkonferenz vom 3.–7. Dezember in Bali publizierte Alliance Sud ein Positionspapier zu den Hauptverhandlungsdossiers: Ernährungssicherheit, Handelserleichterungen und Vereinbarungen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Sie forderte von der Schweiz, in Bali den Vorschlag Indiens zur Revision bestehender Regeln über die Landwirtschaftssubventionen zu unterstützen, damit es Entwicklungsländern künftig erlaubt ist, Nahrungsmittelreserven zu bilden. Dies ungeachtet des Zustandekommens von Handelserleichterungen, wie sie die Industrieländer wollten.

Am 28. November organisierte Alliance Sud einen Point de presse, an dem sie ihre Position veröffentlichte. In Bali war sie zu den regelmässigen Briefings mit Wirtschaftsminister Schneider-Ammann eingeladen. Am ausserhalb des offiziellen Konferenzrahmens stattfindenden Peoples Global Camp organisierte Alliance Sud gemeinsam mit dem indonesischen Institute for National and Democratic Studies (INDIES) einen Workshop zum geplanten bilateralen Freihandelsabkommen Efta-Indonesien. Der Schweizer Botschafter in Jakarta nahm an der Diskussion teil, die den Schwerpunkt auf der Problematik um die Palmölproduktion hatte; sie könnte sich mit dem Abkommen noch verschärfen. Der Botschafter bestätigte seine und die Bereitschaft der indonesischen Regierung, regelmässig mit den NGOs Gespräche zu führen.

Alliance Sud begrüsst das Resultat der WTO-Ministerkonferenz bezüglich Ernährungssicherheit. Hingegen war das Ergebnis zu den Vereinbarungen zugunsten der LDCs mehr als enttäuschend. Es enthält weder eine Verpflichtung für die Industrieländer, die Subventionierung ihrer Baumwoll-Produzenten zurückzufahren, noch den Marktzugang für Produkte aus den LDCs zu verbessern.

## UNO-KLIMAKONFERENZ IN WARSCHAU

nw. Auch die 19. Klimakonferenz hat die Welt kein Stück näher an das 2-Grad-Ziel gebracht, das den Klimawandel begrenzen soll. Alliance Sud war in Warschau als Organisation der Zivilgesellschaft vertreten. Sie pflegte den kritischen Austausch mit der Schweizer Delegation. Die Konferenz endete ohne konkretes Ergebnis. Japan und Australien «korrigierten» ihre Klimaschutzziele sogar nach unten. Das Abschlussdokument ist ein minimaler Kompromiss, der nur zustande kam, um den Verhandlungsprozess nicht gänzlich zum Erliegen zu bringen.

Grösster Stolperstein ist die Klimafinanzierung. Während die Industrieländer finanzielle Zusagen mit Klimaschutzverpflichtungen der Entwicklungs- und Schwellenländer verknüpfen, fordern letztere, zunächst sei die notwendige und versprochene finanzielle Unterstützung zu garantieren. Auch die Schweiz macht weitere Zahlungen von höheren Klimaschutzzielen der Schwellenländer abhängig.

Mit Blick auf die COP21, die 2015 in Paris ein neues und umfassendes Klimaabkommen für die Zeit ab 2020 beschliessen soll, lädt Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon die Regierungschefs im September 2014 zu einem Sondergipfel ein. Bis dahin muss der Bundesrat sich dazu äussern, wie er kommende Klimaverpflichtungen finanzieren will. Ihren Anteil an die am Kopenhagener Klimagipfel beschlossene Schnellstartfinanzierung beglich die Schweiz aus dem erhöhten Entwicklungshilfebudget. Alliance Sud wird sich vehement für zusätzliche, alternative Finanzquellen einsetzen, damit EZA-Gelder nicht zur Erfüllung von Klimaverpflichtungen missbraucht werden.

---

## DIE POLITISCHEN DOSSIERS VON ALLIANCE SUD

**Entwicklungszusammenarbeit:** Politik der staatlichen Entwicklungsagenturen Deza und Seco in und gegenüber den Entwicklungsländern sowie konzeptionelle, inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

**Handelsbeziehungen:** Politik der Schweiz in der Welthandelsorganisation WTO und der Europäischen Freihandelszone Efta sowie ihre bilateralen Handelsbeziehungen.

**Umwelt und Klima:** nationale und internationale Umwelt- und Klimapolitik der Schweiz.

**Internationale Finanzen:** Politik der Schweiz in der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken, dem Internationalen Währungsfonds sowie weiteren internationalen Gremien zur Regulierung der Finanzmärkte.

**Finanzplatz Schweiz:** Geldwäscherei, Potentaten- und Fluchtgelder sowie internationale Steuerpolitik der Schweiz.

**Multinationale Konzerne:** Bemühungen der Schweiz, Konzerne auf Menschenrechte und Umweltstandards zu verpflichten.

# Dokumentationszentren

## Vom Papier zum Video

Die Dokumentationszentren von Alliance Sud in Bern und Lausanne erschliessen ausgesuchte Informationen zu Entwicklungspolitik und den Ländern des Südens. Sie beraten Informationssuchende, führen Auftragsrecherchen durch und erweitern kontinuierlich ihr Online-Angebot.

### Multimedia-Portal, internationales Jahr der Quinoa...

Das Berichtsjahr begann mit der «Einweihung» von «Alliance Sud Multimedia», einem Portal mit Video-Angeboten und einer Linksammlung zu weiteren multimedialen Inhalten in Deutsch und Französisch. Die Vernissagen in Bern und Lausanne stiessen auf reges Publikumsinteresse. Rund 80 Personen nahmen teil. André Marty, damaliger Deza-Verantwortlicher für Kommunikation, und Fabrice Boulé, freier Journalist, trugen mit Ansprachen zu den Veranstaltungen bei. Zusätzliche Aufmerksamkeit verschaffte dem Portal der etwas «andere Blick» der beiden Karikaturisten Mix&Remix und Bénédicte, welche eigens zur Lancierung von «Multimedia» Postkarten kreierten.

Die Quinoa, seit mehr als 5000 Jahren als wichtiges Grundnahrungsmittel auf den Hochplateaus in Lateinamerika angebaut, bildete als Pflanze des Jahres den Auftakt in die Lesetipps der Dokumentation. Die Hinweissammlung «Herausgepickt» zu diesem Thema wurde von einer Praktikantin des Dokumentationszentrums Bern erstellt.

### Rohstoffmärkte, «Histoire vivante», fairer Handel...

In Lausanne war der Monat April geprägt von der Gegenveranstaltung zum Rohstoffgipfel der Financial Times und der Realisation eines eigenen Videos mit Interviewbeiträgen von Victor Nzuzi, kongolesischer Bauer, Carlo Sommaruga, SP-Nationalrat aus Genf, und Sébastien Guex, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Lausanne, sowie Michel Egger von Alliance Sud.

In Kooperation mit der Sendereihe «Histoire vivante» des Westschweizer Fernsehens stellte die Dokumentation Lausanne ein Unterrichtsmittel zum Dokumentarfilm «Les enfants du Seigneur» her. Der Film zeigt die Problematik um die Rekrutierung von Kindersoldaten.

Im Mai erstellten die Dokumentationszentren zum Welttag des gerechten Handels eine Sammlung elektronischer Ressourcen, die auch auf der Webseite von Swiss Fair Trade, dem Dachverband der Fair Trade-Organisationen in der Schweiz, abrufbar sind.

### E-Dossiers, IFLA-Kongress in Singapur...

Die Rubrik der elektronischen Dossiers (E-Dossiers), welche im Netz verfügbare Quellen zu ausgewählten Themen bündeln, wurde 2013 systematisch neu gegliedert und benutzerfreundlicher gestaltet. Die neu entwickelte Seite «Metaquellen» enthält eine Selektion elektronisch zugänglicher Quellen zu statistischen Daten rund um Entwicklungsfragen.

Im August war die Alliance-Sud-Dokumentation am Jahreskongress der IFLA (International Federation of Library Associations and Institutions) in Singapur vertreten. Sie hielt ein Referat über die Zusammenarbeit zwischen einer staatlichen Agentur und einer Nichtregierungsorganisation, wie sie die Dokumentationszentren mit der Deza erfolgreich pflegen.

### d+, Haiti, Slums...

Mit der Herbstausgabe der Alliance-Sud-Zeitschrift Global+ wurde «d+» eingeführt. Das Symbol verweist auf weitergehende, von den Dokumentationszentren aufbereitete Ressourcen zum jeweiligen Artikelthema. Dasselbe Symbol findet sich auch im Alliance-Sud-Newsletter und auf der Webseite.

Am 31. Oktober lud das Dokumentationszentrum Lausanne zu einer Abendveranstaltung zum Thema «Wiederaufbau in Haiti und die internationale Hilfe» ein. Vor vollen Reihen wurden Ausschnitte aus dem Film «Assistance mortelle» des haitianischen Regisseurs Raoul Peck gezeigt und mit ExpertInnen debattiert: Charles Ridoré, langjähriger Mitarbeiter von Fastenopfer und Präsident von «Solidarité Fribourg-Haïti», David Dandrès, Programmverantwortlicher Haiti bei Terre des hommes, und Danielle Mincio, Kantons- und Universitätsbibliothek Lausanne.

Das Dokumentationszentrum Bern stellte eine Reihe von Ressourcen zum Thema Urbanisierung ins Netz. Young Caritas nahm diese Lesetipps in ihren Infoservice «Kinder in Slums» auf, dem Thema 2013 der Spendenaktion von SRF «Jeder Rappen zählt».

# Publikationen



---

## ZAHLEN UND FAKTEN ZUR DOKUMENTATION 2013

- Das Angebot der Dokumentationszentren wurde im Rahmen von Gruppenpräsentationen 465 Personen vor Ort vorgestellt.
- Über 500 Personen haben direkt vor Ort recherchiert.
- 47 «Herausgepickt» (Lesetipps) und 12 «Zoom» wurden in der Webseite neu publiziert.
- 53 Prozent aller Besuche der Alliance-Sud-Webseite entfielen auf die Rubriken der Dokumentationszentren. In absoluten Zahlen sind das 38 700 von insgesamt 72 730 Besuchen.

**GLOBAL+:** Mit der Zeitschrift GLOBAL+ informiert Alliance Sud viermal jährlich über ihre Aktivitäten, kommentiert und analysiert die schweizerische Entwicklungspolitik und behandelt generell Fragen der Globalisierung und Nord/Süd-Politik. Im Jahr 2013 wurden folgende Schwerpunkte behandelt: Post-2015-Entwicklungsagenda, der neue Investitionsrun auf Burma, Potentatengelder, internationales Dienstleistungsabkommen (Frühling); Welthandelsorganisation WTO, Freihandel Efta–Indonesien, Steuerflucht in die Schweiz, öffentlich-private Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung (Sommer); Freihandelsabkommen mit China, automatischer Informationsaustausch in Steuersachen, nationaler Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für Multis, WTO-Ministerkonferenz, Uno-Klimakonferenz, Seco-Partnerschaft mit IDH, Rückführung von Potentatengeldern (Herbst); «Reformen» in der Deza, Herausforderungen 2014/15, nachhaltige Uno-Entwicklungsziele, Unternehmen und Menschenrechte, Schweizer Klimapolitik, globale Wertschöpfungsketten (Winter). GLOBAL+ erscheint in Deutsch und Französisch (englische Ausgabe: Alliance Sud News) und ist im Abonnement (Fr. 30.–) sowie als Download und App verfügbar.

**GLOBAL+-dokument:** In der Reihe *dokument* veröffentlichte Alliance Sud ihr Positionspapier «Die Investitionsschutzabkommen der Schweiz – Rechte für Investoren, Pflichten für Staaten» (*dokument* 23, Februar 2013) sowie das Analysepapier «Schweizer Steuerabkommen mit Entwicklungsländern: Fragwürdiger Druck auf Quellensteuern» (*dokument* 24, März 2013). Global+-*dokument* ist sowohl online (pdf-Format) als auch in Papierform erhältlich (Einzelheft: Fr. 7.–).

**Post-2015-Positionspapier:** In Zusammenarbeit mit ihren Trägerorganisationen erarbeitete Alliance Sud die Broschüre «Schweizer Ziele für eine zukunftsfähige globale Entwicklung» (Positionspapier zur Post-2015-Entwicklungsagenda). Sie wurde im Juni 2013 publiziert und steht sowohl online (pdf-Format) als auch in Papierform zur Verfügung.

Bestellungen: [mail@alliancesud.ch](mailto:mail@alliancesud.ch) oder [www.alliancesud.ch/publikationen](http://www.alliancesud.ch/publikationen)

# Alliance Sud 2013 in Zahlen

## BILANZ PER 31.12.2013

	1.1.–31.12.2013		Vorjahr		Abweichung
	CHF	%	CHF	%	CHF
<b>Aktiven</b>					
Flüssige Mittel und Wertschriften	1	1 272 450.22	1 103 967.77		168 482.45
Forderungen		136 406.56	147 839.11		-11 432.55
Transitorische Aktiven		64 667.27	70 306.75		-5639.48
Umlaufvermögen		1 473 524.05	1 322 113.63	90,05	151 410.42
Sachanlagen		10 253.79	14 618.31		-4 364.52
Anlagevermögen		10 253.79	14 618.31	1,00	-4 364.52
Zweckgebundene Finanzanlagen	2	132 181.00	131 523.40		657.60
Zweckgebundenes Anlagevermögen		132 181.00	131 523.40	8,96	657.60
<b>Total Aktiven</b>		<b>1 615 958.84</b>	<b>1 468 255.34</b>	<b>100,0</b>	<b>147 703.50</b>
<b>Passiven</b>					
Sonstige Verbindlichkeiten		76 346.66	37 968.01		38 378.65
Transitorische Passiven		48 031.90	110 849.15		-62 817.25
Kurzfristiges Fremdkapital		124 378.56	148 817.16	10,14	-24 438.60
Rückstellungen	3	212 295.03	225 484.30		-13 189.27
Langfristiges Fremdkapital		212 295.03	225 484.30	15,36	-13 189.27
Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung	4	31 361.06	10 403.22		20 957.84
Fondskapital		31 361.06	10 403.22	0,70	20 957.84
Neubewertungsreserven		51 404.48	51 404.48		-
Erarbeitetes freies Kapital	5	1 025 558.29	807 859.71		217 698.58
Erarbeitetes gebundenes Kapital	6	170 961.42	224 286.47		-53 325.05
Organisationskapital		1 247 924.19	1 083 550.66	73,80	164 373.53
<b>Total Passiven</b>		<b>1 615 958.84</b>	<b>1 468 255.34</b>	<b>100,00</b>	<b>147 703.50</b>

### Kommentar zur Jahresrechnung 2013

Die Rechnungslegung von Alliance Sud erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung für gemeinnützige Organisationen (Swiss GAAP FER 21). Wir weisen darauf hin, dass die hier abgedruckte Jahresrechnung 2013 eine Zusammenfassung der weit ausführlicheren Gesamtrechnung ist. Diese wurde vom Vorstand von Alliance Sud am 24.3.2014 genehmigt und ist bei der Geschäftsstelle von Alliance Sud erhältlich.

Die Rechnung 2013 schliesst mit einem operativen Gewinn von 185 331 Franken ab. Zusammen mit dem Saldo der Fondszuweisungen und -entnahmen, der dem freien Organisationskapital zugeschrieben wird, steigt dieses per 31.12.2013 auf 1,025 Millionen Franken an.

Das erarbeitete gebundene Organisationskapital ist am 31.12.13 mit rund 171 000 Franken um über 50 000 Franken geringer als Ende 2012, was auf grössere EDV-Investitionen zurückzuführen ist. Zusammen mit den Neubewertungsreserven ergibt dies ein Organisationskapital von 1,248 Millionen Franken gegenüber 1,084 Millionen Ende 2012. Der Zuwachs des Organisationskapitals 2013 beträgt also 164 000 Franken.

führen ist. Zusammen mit den Neubewertungsreserven ergibt dies ein Organisationskapital von 1,248 Millionen Franken gegenüber 1,084 Millionen Ende 2012. Der Zuwachs des Organisationskapitals 2013 beträgt also 164 000 Franken.

### Anmerkungen zur Jahresrechnung 2013

- 1 Die flüssigen Mittel bestehen aus Kassenbeständen, Post- und Bankguthaben sowie Wertschriften, die jederzeit verfügbar sind.
- 2 Das zweckgebundene Anlagevermögen besteht aus Arbeitgeber-Beitragsreserven bei der Pensionskassenversicherung Stiftung Abendrot.
- 3 Die Rückstellungen entsprechen den Ferienguthaben des Personals aus früheren Jahren. Sie wurden 2013 um 13 189 Franken abgebaut. Dieser Betrag schlägt in der Rechnung positiv zu Buche.
- 4 Beim Fonds mit eingeschränkter Zweckbin-

dung handelt es sich um den Saldo der bei Alliance Sud angesiedelten Kampagne «Recht ohne Grenzen». Er wird auf das Jahr 2014 übertragen.

- 5 Das erarbeitete freie Kapital besteht aus den Betriebsüberschüssen von Alliance Sud und der früheren Konsulentenstelle Expertise. Sie werden per 1.1.2014 zusammengeführt.
- 6 Das erarbeitete gebundene Kapital enthält den Fonds für Investitionen in die Kommunikationstechnik sowie die Untermiete-Abrechnung.
- 7 Die zweckgebundenen Beiträge stammen u. a. von:
  - den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks (2 241 600).
  - den Partnerorganisationen Solidar Suisse und Terre des Hommes Schweiz/Suisse (je 50 000).

## BETRIEBSRECHNUNG 2013

	1.1.-31.12.2013		Vorjahr		Abweichung
	CHF	%	CHF	%	CHF
Jahresbeiträge, Spenden	-15 273.83	0,48	-10 150.00	0,30	5 123.83
Zweckgebundene Beiträge	7 -3 014 550.00	94,27	-3 179 214.00	95,34	-164 664.00
Sonderaktionen	-5 000.00	0,16	-5 000.00	0,15	-
Aktivitäten und Verkauf	-64 589.45	2,02	-79 309.57	2,38	-14 720.12
Übriger Ertrag	-98 533.77	3,08	-60 814.46	1,82	37 719.31
Betriebsertrag	-3 197 947.05	100,00	-3 334 488.03	100,00	-136 540.98
Beiträge an Drittorganisationen	8 296 202.25		407 171.00		-110 968.75
Einkauf für Aktivitäten und Verkauf	481.60		8 698.80		-8 217.20
Personalaufwand	1 892 637.14		1 950 692.56		-58 055.42
Fremdleistungen	105 379.60		86 385.70		18 993.90
Raumaufwand, Energie, Entsorgung	211 423.44		217 138.86		-5 715.42
Unterhalt Maschinen, Mobilien, Einrichtungen	10 458.10		7 389.05		3 069.05
Sachversicherungen, Abgaben, Gebühren	3 633.80		4 014.75		-380.95
Verwaltungs- und Informatikaufwand	169 887.48		117 796.88		52 090.60
Marketing, Sonderaktionen, Öffentlichkeitsarbeit	248 779.44		341 552.97		-92 773.53
Spesen, Übriger Betriebsaufwand	80 435.36		31 922.76		48 512.60
Abschreibungen auf Anlagevermögen	6 442.42		6 182.67		259.75
Betriebsaufwand	3 025 760.63	-94,62	3 178 946.00	-95,34	-153 185.37
Betriebsergebnis	-172 186.42	5,38	-155 542.03	4,66	16 644.39
Finanzergebnis	-7 066.90		1 721.34		-8 788.24
Untermietergebnis	1 180.70		-10 641.26		11 821.96
Internes Ergebnis	-7 258.75		-16 800.00		9 541.25
Betriebsergebnis ohne Fondsergebnis	-185 331.37	5,80	-181 261.95	5,44	-4 069.42
Fondsrechnung					
Fondszuweisung	-20 957.84		-		-20 957.84
Fondsentnahme	-		47 724.72		-47 724.72
Fondsergebnis	-20 957.84	0,66	47 724.72	-1,43	-68 682.56
Ergebnis vor Zuweisungen	-164 373.53	5,14	-228 986.67	6,87	64 613.14
Zuweisungen an Organisationskapital	254 298.58		262 457.21		-8 158.63
Zuweisung an freies Organisationskapital	214 298.58		222 457.21		-8 158.63
Zuweisung an Fonds Ern. Komm.technik	40 000.00		40 000.00		-
Zuweisung an gebundenes Organisationskapital	-		-		-
Entnahmen aus Organisationskapital	-89 925.05		-33 470.54		-56 454.51
Entnahme aus freiem Organisationskapital	-2 460.70		-3 188.74		728.04
Entnahme aus Fonds Ern. Komm.technik	-87 464.35		-29 060.30		-56 404.05
Entnahme aus gebundenem Organisationskapital	-		-1 221.50		1 221.50
<b>Ergebnis nach Zuweisungen</b>	<b>-0.00</b>		<b>-0.00</b>		<b>-0.00</b>

- der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (10 000).
- den Mitgliedern der NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (80 500).
- den Bündnispartnern der Kampagne «Recht ohne Grenzen» für die Durchführung der Kampagne (166 450).

- der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) an die Dokumentationszentren (250 000) und an das Projekt InfoSud (140 000).
- der Stadt Lugano an das Regionalbüro Lugano von Alliance Sud (6 000).

- 8 Mitglieder- oder Projektbeiträge flossen 2013 an folgende Organisationen und Netzwerke: NGO-Bildungscoalition (10 000), Eurostep (11 122), Eurodad (6 261), Education21 (120 000), InfoSud (145 500), Transparency International Schweiz (500), KOFF (500), MultiWatch (500), WIDE Switzerland (1 000), OECD-Watch (317) und Swiss Water Partnership (500).

## GELDFLUSSRECHNUNG 2013

	2013	Vorjahr
	CHF	CHF
<b>Umsatzbereich</b>		
Ergebnis vor Zuweisungen (Fondsveränderung)	185 331.37	181 261.95
Veränderungen Rückstellungen	-13 189.27	-4 661.35
Abschreibungen	6 442.42	6 182.67
Cashflow	178 584.52	182 783.27
- Zunahme / + Abnahme Forderungen	11 432.55	-25 840.16
- Zunahme / + Abnahme aktive Rechnungsabgrenzung	5 639.48	48 831.74
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	38 378.65	-43 580.14
+ Zunahme / - Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	-62 817.25	60 420.75
Veränderung des Nettoumlaufvermögens	-7 366.67	39 832.19
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	171 217.95	222 615.46
<b>Investitionsbereich</b>		
+ Verkauf / - Erwerb von Sachanlagen	-2 077.90	-
- Zunahme / + Abnahme zweckgebundene Wertschriftenanlage	-657.60	-654.35
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-2 735.50	-654.35
Kapitalüberschuss / -bedarf	168 482.45	221 961.11
<b>Finanzierungsbereich</b>		
+ Zunahme / - Abnahme langfristiges Fremdkapital	-	-
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-	-
+ Zunahme / - Abnahme netto - Flüssige Mittel	168 482.45	221 961.11
Netto - Flüssige Mittel am 1.1.	1 103 967.77	882 006.66
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	171 217.95	222 615.46
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-2 735.50	-654.35
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-	-
Netto - Flüssige Mittel am 31.12.	1 272 450.22	1 103 967.77

### Weitere Angaben

- Entschädigung an leitende Organe: Mitglieder des Vorstands erhalten keine Entschädigung. Das Salär der Geschäftsleitungsmitglieder richtet sich nach dem Lohnreglement von Alliance Sud.
- Stellenetat: Alliance Sud hatte im Jahr 2013 19 fest angestellte MitarbeiterInnen. Der Etat betrug insgesamt 13,4 Stelleneinheiten. Darin eingerechnet ist eine befristete 60%-Anstellung für die Dauer der Kampagne «Recht ohne Grenzen».
- Leistungsbericht: Der vorliegende Jahresbericht gilt als Leistungsbericht.

### Wir danken

- den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks für ihre Mitgliederbeiträge;
- Solidar Suisse und Terre des Hommes Schweiz/Suisse für ihre Partnerschaftsbeiträge;
- der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) und der Stadt Lugano für ihre Beiträge an die Aktivitäten von Alliance Sud.

Die Jahresrechnung 2013 wurde von der Revisionsfirma Lehmann AG, Bern, geprüft und als in Ordnung befunden.

# Wer Alliance Sud wo vertritt

STAND 1.1.2014

Beratende Kommission für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit	Mark Herkenrath
Kommission für Wirtschaftspolitik	Peter Niggli
Zollexpertenkommission	Isolda Agazzi
Schweizerisches Nationales FAO-Komitee	Tina Goethe
Eurodad/Europäisches Netzwerk zu Verschuldung und Entwicklung (Board)	Mark Herkenrath
Global Alliance for Tax Justice	Mark Herkenrath
Our World Is Not For Sale (OWINFS)/ Internationales Netzwerk zu Handelspolitik	Isolda Agazzi
Verbindungsgruppe WTO des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)	Peter Niggli Michel Egger Isolda Agazzi
Nationaler Kontaktpunkt der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen (Beirat)	Michel Egger
Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik	Nicole Werner
Climate Action Network	Nicole Werner
Plattform Agrotreibstoffe	Nicole Werner
Swiss Water Partnership	Nicole Werner
NGO-Bildungscoalition	Amélie Vallotton Preisig
Stiftungsratsausschuss ZEW (Schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige, Spenden sammelnde Organisationen)	Peter Niggli
Gesellschaft Schweiz – UNO (GSUN)	Peter Niggli
NGO-Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof	Nina Schneider
NGO-Plattform Menschenrechte	Nina Schneider
NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (Sekretariat)	Peter Niggli Nina Schneider
Parlamentarische Gruppe Suisse – Solidarité internationale (Sekretariat)	Peter Niggli Nina Schneider
«Freedom of Access to Information and Freedom of Expression» Committee of the International Federation of Libraries Associations (FAIFE/IFLA)	Amélie Vallotton Preisig
Netzwerk der entwicklungsbezogenen Dokumentationsstellen der Schweiz (NEDS)	Jris Bertschi Nicolas Bugnon
Informationsverbund Entwicklungspolitik (IVEP)	Emanuela Tognola
WIDE Switzerland	Nina Schneider
Allianz «Recht ohne Grenzen»	Michel Egger Daniel Hitzig

## Adressen

### Alliance Sud

Postfach 6735, 3001 Bern  
mail@alliancesud.ch  
www.alliancesud.ch

### Geschäftsstelle, Advocacy und Lobbying

Telefon 031 390 93 30  
Fax 031 390 93 31

### Dokumentationszentrum

dokumentation@alliancesud.ch  
Telefon 031 390 93 37  
Fax 031 390 93 38

### Alliance Sud

1, avenue de Cour, 1007 Lausanne  
www.alliancesud.ch/politique

### Advocacy et Lobbying

lausanne@alliancesud.ch  
Téléphone 021 612 00 95  
Fax 021 612 00 99

### Centre de documentation

doc@alliancesud.ch  
Téléphone 021 612 00 86  
Fax 021 612 00 99

### Alliance Sud

Via Moncucco 1, C.P. 516  
6903 Lugano  
Telefono 091 967 38 40  
Fax 091 966 02 46

lugano@alliancesud.ch

www.alliancesud.ch/politica

### Postkonto Alliance Sud

30-36070-0

### Impressum

Redaktion: Daniel Hitzig,  
Kathrin Spichiger  
Übersetzung ins Französische:  
Michel Egger  
Layout:  
Clerici Partner Design, Zürich  
Druck: S+Z Print, Brig  
Foto Titelseite:  
Fischer mit Senknetz, Bangladesh  
© Jörg Böhling